

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

In Verantwortung gegenüber meinen Kindern und den künftigen Generationen sehe ich mich gezwungen, heute eine persönliche Erklärung zu der Abstimmung über die elfte Gesetzesnovelle zur Änderung des Atomgesetzes abzugeben.

Als Niedersächsin und Mutter von drei Kindern fühle ich mich in besonderem Maße von dem Deal der schwarz-gelben Koalition mit den Energiekonzernen persönlich betroffen.

Ich lebe mit meiner Familie in Nienburg an der Weser. Das liegt auf halber Strecke zwischen den Atomkraftwerken Grohnde und Unterweser.

Das AKW Unterweser sollte nach der noch geltenden Gesetzeslage bereits im Herbst 2011 vom Netz gehen. Das hat auch seinen Grund: Der Druckwasserreaktor dieses AKW entspricht dem Stand der 70er-Jahre. Es fehlt ein ausreichend dicker Sicherheitsbehälter, der bei einem Unfall als Barriere gegen das Austreten von Radioaktivität wirken könnte. Die Stahlbetonkuppel ist nur 80 Zentimeter dick und könnte einem Flugzeugabsturz nicht standhalten. Seit 1998 kam es zu Ausfällen von Sicherheitsventilen, Kurzschlüssen im Generator und zu Fehlern im Notkühlsystem.

Jetzt soll dieser Reaktor nach dem Willen der Mehrheit in diesem Hohen Hause bis 2020 in Betrieb bleiben. Das ist unverantwortlich!

Die erst in den 80er-Jahren gebauten AKW Grohnde und Emsland dürfen ohnehin bis 2017 bzw. 2020 weiterlaufen; aber auch dort treten immer wieder Störfälle auf. Seit Inbetriebnahme des AKW Emsland hat es in diesem allein 330 solcher Störfälle gegeben. Durch die Aufkündigung des Atomkonsenses verschiebt sich der Ausstieg auf unabsehbare Zeit. Das elfte Änderungsgesetz zum Atomgesetz verlängert die Laufzeiten dieser beiden AKW zunächst um 14 Jahre bis 2031 bzw. 2034. Aber das ist noch nicht alles: Durch eine Übertragung von Stromerzeugungsrechten von älteren auf neuere Kraftwerke könnte es noch zu einer weiteren Verlängerung kommen. So wird sich auch die übernächste Generation von Niedersachsen auf Antiatomdemonstrationen einrichten müssen.

Die Zwischenlager von Grohnde und Emsland haben nicht die Kapazität, den gesamten durch die Verlängerung anfallenden Atommüll aufzunehmen. Ich will meinen Kindern die Antwort nicht schuldig bleiben müssen, wenn sie eines Tages fragen: Wo warst du, als ihr uns damals diesen Mist eingebrockt habt?

In meinem Bundesland liegen auch Schacht Konrad, die Asse und der größte Schwarzbau aller Zeiten: Gorleben. Hier soll für Jahrtausende der hochradioaktive Müll aus den Atomkraftwerken der gesamten Bundesrepublik eingelagert werden. Tag für Tag produzieren die deutschen Atomkraftwerke hochradioaktiven Müll, und mit der in diesem Gesetz vorgesehenen Laufzeitverlängerung werden Tausende Tonnen Müll hinzukommen, die über Generationen hinweg strahlen.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, den Salzstock Gorleben weiter zum Endlager auszubauen, und das, obwohl Gorleben nur aufgrund politischer Vorfestlegung und dreister Manipulation von Gutachten in der Zeit der Kohl-Regierung seine zentrale Rolle in der Endlagersuche erhalten hat.

Die Bundesregierung führt im Feststellungsteil dieses Gesetzes aus, dass sie auch Schacht Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle nutzen will. Damit würde Niedersachsen endgültig zum Atomklo der Nation!

Sicher ist dabei nur eins: Ein sicheres Endlager für diese Art Müll gibt es nicht und wird es nie geben!

Die Erfahrung mit der Asse hat gezeigt, was den Menschen in diesem Land schon alles als sichere Lösung verkauft worden ist. An einem völlig ungeeigneten Ort wurden falsch deklarierte radioaktive Abfälle einfach wild durcheinander in die Stollen gekippt - nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Und die Sintflut kam schneller als erwartet. Wassereinbrüche wurden bewusst übersehen. Seit 2008 ist nicht mehr zu verbergen, dass die Lauge in der Asse radioaktiv kontaminiert ist.

Keiner kann übersehen, was die radioaktive Verseuchung der Lauge für Folgen für Mensch und Umwelt haben wird, und keiner kann beziffern, wie hoch in Zukunft die Kosten für die Rückholung des Atommülls oder die weitere Einlagerung - wo auch immer - sein werden.

Wirbürden unseren Kindern und zukünftigen Generationen neben den gesundheitlichen Risiken auch finanzielle Lasten auf, während die Atomkonzerne sich mit den Gewinnen die Taschen füllen und die Koalition ihre Haftung selbst bei einem Super-GAU auf 2,5 Milliarden Euro beschränkt.

Die Atomkraftwerke gefährden uns, unsere Kinder und weitere Generationen. Sie drohen Umwelt und Menschen zu verseuchen, bieten gefährliche Ziele für Terrorangriffe und produzieren Megatonnen an hochradioaktivem Müll, der nirgendwo sicher gelagert werden kann.

Ich sehe mich gegenüber der nächsten Generation verpflichtet, alles zu tun, um das Inkrafttreten dieses Gesetzes zu verhindern, und ich fange damit an, indem ich es hier und heute ablehne.